

Niederschrift

19. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin:	Montag, 17.07.2023
Sitzungsbeginn:	19:37 Uhr
Sitzungsende:	21:43 Uhr
Ort, Raum:	Klosterberghalle Langenselbold, Schloßpark 7, 63505 Langenselbold, Saal Europa

Anwesend

Vorsitz

Bernd Kaltschnee

Mitglied

Markus Bausewein

Anja Behrends

Stefan Bollé

Andreas Clement

Heike Dürr-Böhmer

Thomas Egel

Werner Fromm

Florian Gibbe

Gerhard Groß

Guntrun Hausmann

Jürgen Heim

Vera Heim

Ralf Hesseling

Christian Hintz

Cornelia Hofacker

Niels Hofacker

Axel Häsler

Christiane Kapp

Stefanie Koch

Armin Krammig

Rainer Lerch

Patricia Reitz

Christof Sack

Oliver Schmidt

Bettina Schonlau

Jürgen Schonlau

Simona Schwan

Roger Sievers

Peter Volk
Dipl.jur. Natalie Warnecke-Quanz
Prinz John Philipp von Isenburg

Schriftführung
Sabine Könning

Magistrat
Barbara Egel-Sahler
Timo Greuel
Manfred Kapp
Ute Rosenberger
Roland Sahler
Benjamin Schaaf
Norbert Schwindt

Abwesend

<u>Mitglied</u>	
Tobias Dillmann	entschuldigt
Monika Duderstadt	entschuldigt
Susanne Großkopf	entschuldigt
Christopher Höntsch	entschuldigt
Johannes Volz	entschuldigt

<u>Magistrat</u>	
Gerhard Mohn	entschuldigt

Gäste: ./.

Folgende Pressevertreter waren zu Beginn der Sitzung anwesend:

Herr Gerth:	Hanauer Anzeiger
Frau Goldstein:	Gelnhäuser Neue Zeitung
Herr Bär:	Stadtjournal

Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Mitteilungen
 - 2.1 des Bürgermeisters
 - 2.1.1 Umsetzung des Radverkehrskonzeptes
 - 2.1.2 Unterbringung geflüchteter Menschen in der Containeranlage am städtischen Bauhof
 - 2.1.3 Kommunalen Zuschuss für Kindertagespflegepersonen in Langenselbold
 - 2.1.4 Trinkwasserknappheit
 - 2.2 des Ersten Stadtrates
 - 2.2.1 Verbreiterung des Gehweges in der Bremesgasse
 - 2.3 des Stadtverordnetenvorstehers
 - 2.3.1 Erklärung gemäß § 26a der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) für 2023
 - 2.3.2 Geburtstage und Genesungswünsche
 - 2.3.3 Nächste Stadtverordnetensitzung 2023
 - 2.4 der Ausschussvorsitzenden
- 3 Anfragen
 - 3.1 Sozialer Wohnungsbau am Pappelried
- Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.05.2023

3.2	Erweiterung der Kläranlage - Anfrage der Fraktion der Freien Wähler vom 03.07.2023	
4	Grundstücksankauf im Gewerbegebiet „Gewerbepark Langenselbold West“	23/0089
5	1. Bericht gemäß § 28 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) über den Stand des Haushaltsvollzugs 2023	23/0091
6	Kanalsanierung in geschlossener Bauweise 2023	23/0080
7	Waldgutachten 2023	23/0099
8	Resolution Landwirtschaft - Antrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2020 -	20/0182
9	Umgehung Radweg um den Spielbereich Gründauaue - Antrag der FDP-Fraktion vom Juli 2023 -	23/0103
10	Schaffung eines Kulturbeirats für Langenselbold - Antrag der FDP-Fraktion vom Juli 2023 -	23/0104
11	Großtafeln zur Wahlwerbung - Antrag der FDP-Fraktion vom Juli 2023 -	23/0105
12	Langenselbold auf's Rad - Leihräder in Langenselbold - Antrag der FDP-Fraktion vom Juli 2023 -	23/0106
13	Änderung von § 3 der Entschädigungssatzung - Antrag der FW-Fraktion vom 03.07.2023 -	23/0107
14	Antrag zur Förderung der Radmobilität - Gemeinsamer Antrag der SPD- und GRÜNEN-Fraktion vom 30.06.2023 -	23/0108
15	Prüfantrag zur Errichtung eines eigenen Grabfeldes für muslimische Mitbürger in Langenselbold - Gemeinsamer Antrag der SPD- und GRÜNEN-Fraktion vom 29.06.2023 -	23/0109

- | | | |
|----|---|---------|
| 16 | Prüfantrag zur Bestattungsart „Memoriam-Garten“
- Gemeinsamer Antrag der SPD-, CDU-, Bündnis 90/Grüne-, Freie
Wähler- und FDP-Fraktion vom 29.06.2023 - | 23/0110 |
| 17 | „Startschuss für Lokale Integration – Impulssitzung“
- Antrag der CDU-Fraktion vom 03.07.2023 - | 23/0111 |
| 18 | „Umsetzung des Radverkehrskonzepts des MKK“
- Antrag der CDU-Fraktion vom 03.07.2023 - | 23/0112 |

Protokoll

Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind durch Einladung vom 04.07.2023 auf Montag, den 17.07.2023, 19.30 Uhr, unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden.

Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung sind öffentlich bekannt gemacht.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwände nicht erhoben werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

2 Mitteilungen

2.1 des Bürgermeisters

2.1.1 Umsetzung des Radverkehrskonzeptes

zur Kenntnis
genommen

Für die Anträge die seitens der Fraktionen gestellt wurden, ist sicherlich von Interesse, dass am 15.06.2023 ein Abstimmungsgespräch stattgefunden hat, an dem der Radverkehrsbeauftragte des Main-Kinzig-Kreises, Herr Elmar Sachs, der unmittelbar Herrn Kreisbeigeordneten Winfried Ottmann (CDU) unterstellt ist, sowie die Leitungen des Amtes für Bauen-, Liegenschaften und technische Dienste, Frau Margraf, und des Ordnungsamtes, Herr Lötschert, und der Bürgermeister teilgenommen haben.

Anders, als es die parlamentsseitig eingebrachten Anträge zum Thema „Radverkehr“ vielleicht vermuten lassen, kann im Gesamtzusammenhang festgestellt werden, dass sich die Stadt Langenselbold bereits in der Umsetzung des Radverkehrskonzepts befindet.

So wurden bereits folgende Maßnahmen aus dem Konzept realisiert bzw. die entsprechenden Weichen für eine zeitnahe Umsetzung gestellt:

Maßnahme P067 – An der betrachteten Stelle (Ringstraße/Ecke Am Heiligen Stock) befindet sich ein

Pfosten, der in der Mitte des Weges platziert ist

Die Umlaufsperrungen wurden erneuert und der Schilderpfosten behindert den Radverkehr jetzt nicht mehr. Die Umlaufsperrungen sind aus Sicht der Straßenverkehrsbehörde erforderlich, da es sich hier um einen hoch frequentierten Schulweg handelt.

Maßnahme S061 – Der vorhandene benutzungspflichtige gemeinsame Geh- und Radweg (entlang der Gelnhäuser Straße zwischen Friedrichstraße und Vogelsbergstraße) entspricht nicht den aktuellen Regelwerken

Die Benutzungspflicht wurde aufgehoben. Der Gehweg wurde mit dem Zusatzzeichen „Radverkehr frei“ freigegeben. Die Benutzung für den Radfahrer ist somit weiterhin erlaubt, es besteht jedoch keine Pflicht mehr, den Radweg zu nutzen. Die Benutzung des Weges für den Radverkehr ist nur noch in eine Richtung, jeweils in Fahrtrichtung rechts der Fahrbahn, möglich. Zwischen den Einmündungen Vogelsbergstraße und Simpeldorfer Straße besteht dann wiederum die Benutzungspflicht für Radfahrer, da hier nur ein einseitiger Geh- und Radweg vorhanden ist und sich die Strecke teilweise außerhalb befindet.

Maßnahmen P073 – Es gibt keinen geregelten Übergang zwischen Radweg und Fahrbahn (Gelnhäuser Straße/Ecke Friedrichstraße) und **P074** - Am Knotenpunkt besteht erhöhtes Konfliktpotenzial zwischen geradeausfahrendem Radverkehr und rechtsabbiegender Kfz-Verkehr (ebenfalls Gelnhäuser Straße/ Ecke Friedrichstraße)

Beide Maßnahmen werden im Rahmen der noch in diesem Jahr stattfindenden, turnusmäßigen Verkehrsschau, mit den zu beteiligenden Behörden (HessenMobil, Straßenverkehrsbehörde (MKK) und Polizei) erörtert und dabei wird nach geeigneten Lösungen gesucht.

Maßnahme P065: An der betrachteten Stelle (Johann-Strauß-Allee/Ecke Ravolzhäuser Straße) befinden sich für den Radverkehr hinderliche Umlaufsperrungen

Die Querung des Rad- und Fußweges über die Johann-Strauß-Allee wurde mit dem Verkehrszeichen Nr. 138 (Radverkehr) beschildert. Auf die Ravolzhäuser Straße ausfahrende Fahrzeuge werden nun vor querenden Radfahrern gewarnt. Zusätzlich wird diese Querung im nächsten Jahr farblich markiert (analog zur Maßnahme **P075**), sodass die momentan noch vorhandenen Umlaufsperrungen entfernt werden können.

Maßnahme P075 – Die bestehende Radverkehrsanlage quert eine Ausfahrt / eine Einmündung (Niedergründauer Straße) und ist nicht ausreichend gut erkennbar

Die Querung wird im kommenden Jahr farblich markiert, so dass diese ausreichend erkennbar wird.

In dem o.g. Gespräch vom 15.06.2023 wurden die im Radverkehrskonzept dargelegten und förderfähigen Maßnahmen im Bereich des Radwege(aus)baus besprochen und verwaltungsseitig priorisiert. Diese Priorisierung erfolgte in dem Bewusstsein, dass die Maßnahmen schon aus finanziellen, aber auch aus kapazitären Gründen nicht parallel nebeneinander her, sondern „nur“ nacheinander realisiert werden können:

Hohe Priorität:

Maßnahme S054 – Asphaltieren des betrachteten Abschnitts

Der betrachtete Abschnitt (Radweg R 3 entlang der A66/A45) verfügt über eine wassergebundene Decke mit teilweise losem Untergrund. Da neben Langenselbold auch Erlensee und Rodenbach von der Maßnahme betroffen sind, erfolgt zeitnah durch die Verwaltung eine Kontaktaufnahme zu den genannten Kommunen, um das weitere Vorgehen abzustimmen.

Maßnahme S060 – Bestehenden Radweg verbreitern

Der vorhandene Geh- und Radweg (Gelnhäuser Straße/ Ecke Kinzigstraße bis Bahnhof Langenselbold) ist deutlich zu schmal. Er ist für beide Fahrtrichtungen benutzungspflichtig.

Maßnahme S062 – Radweg neu bauen

Es existiert kein straßenbegleitender Geh- und Radweg (entlang der Niedergründauer Straße am Neuen Sportzentrum vorbei Richtung Obsthof Mohn). Der Radverkehr wird auf der Fahrbahn geführt. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit liegt (abschnittsweise) bei 100 km/h. Die Alternativverbindung über die Oberdorfstraße ist zu umwegig.

Nachgeordnete Priorität:

Maßnahmen S048 – Oberfläche asphaltieren (Bruderdiebacherhof in Richtung Neuberg) und S049 – Radweg neu bauen (entlang der L3193; zwischen Neuberg-Ravolzhausen und Ronneburg-Hüttengesäß)

Der betrachtete Abschnitt verfügt über eine schadhafte wassergebundene Decke mit teilweise losem Untergrund.

Maßnahme S107 – Schadhafte Oberfläche sanieren

Der betrachtete Abschnitt (Segelflugplatz in Richtung Kinzigstraße, entlang des sog. Bocksgehörn) verfügt über eine schadhafte Oberfläche.

Gemeinsam mit der Verwaltung, in Abstimmung mit dem Main-Kinzig-Kreis und unter Beachtung der Fördermöglichkeiten werden diese investiven Maßnahmen im Rahmen der Haushaltsplanung 2024 und in den Folgejahren unter Zugrundelegung der dargelegten Priorisierung entsprechend veranschlagt, so dass die Umsetzung entsprechend erfolgen kann.

Die benannten Maßnahmen des Radverkehrskonzepts sind bekanntlich im Internet einsehbar (unter <https://rv-k.de/MKK/Radverkehrskonzept/Final/WebGIS.html>). In diesem Zusammenhang der Hinweis, dass nach Aussage von Herrn Sachs im Herbst 2023 das Konzept insoweit angepasst werden soll, als das bis dahin realisierte Maßnahmen aus der Darstellung herausgenommen werden sollen.

Darüber hinaus wurde das Gespräch mit Herrn Sachs dazu genutzt, um zwei weitere Maßnahmen zu benennen, die nicht im Radwegkonzept genannt sind, die aber durch ihn, auch auf ihre Förderfähigkeit hin, geprüft werden sollten:

K901 ab Ortsausgang Langenselbold bis Ortseingang Gründau-Rothenbergen für den Radverkehr sperren

Trotz des südlich der A66 verlaufenden Radwegs R3 nutzen Fahrradfahrer die Kreisstraße auf der bis zu 100 km/h Höchstgeschwindigkeit zulässig ist. Hier liegt ein nicht unerhebliches Unfallrisiko. Herr Sachs wird dies mit den zu beteiligenden Behörden erörtern.

L3339 zwischen Langenselbold Bahnhof und Ortseingang Hasselroth-Neuenhaßlau mit Beleuchtung ausstatten

Die Gemeinde Hasselroth hat ein Interesse daran, den Fahrradweg als Anschluss an die Regionalzüge (ÖPNV) attraktiver zu machen. Eine Beleuchtung des Weges wäre hierzu grundsätzlich förderlich. Sofern entsprechende Förderungen möglich und eine Kostenbeteiligung der Gemeinde Hasselroth gegeben ist, wäre diese Maßnahme grundsätzlich, wenngleich auch nur nachgeordnet priorisiert, vorstellbar.

Die zweite Mitteilung betrifft die Unterbringung geflüchteter Menschen in der Containeranlage am städtischen Bauhof:

Der beauftragte Elektroplaner teilte Ende Juni 2023 mit, dass die Elektroinstallationen aufgrund von Lieferengpässen erst Ende anstatt Anfang August 2023 voll betriebsfertig sein werden. Insofern wird eine Belegung der Container auch frühestens zu diesem Zeitpunkt möglich sein.

2.1.3 Kommunalen Zuschuss für Kindertagespflegepersonen in Langenselbold

zur Kenntnis
genommen

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold hat in ihrer Sitzung am 05.03.2012 die Förderung von Betreuungsplätzen in der Kindertagespflege für die Stadt Langenselbold und die Förderrichtlinien rückwirkend zum 01.01.2012 beschlossen.

Diese beinhaltet u. a. einen Zuschuss an die Kindertagespflegepersonen i. H. v. 1,00 € pro wöchentlicher Betreuungsstunde.

Durch den Austausch mit umliegenden Kommunen im Fachkreis „Kindertagespflege“ stellte sich heraus, dass Langenselbold eine der wenigen Kommunen ist, die diesen Zuschuss in den letzten Jahren nicht angehoben haben.

Da die Kindertagespflege weiterhin ein sehr wichtiger Bestandteil der Kinderbetreuung in Langenselbold ist, und um die bestehenden Betreuungsplätze zu sichern und die Kindertagespflege in Zukunft weiterhin attraktiv zu halten wird zum 01.01.2024 eine Erhöhung auf 2,00 € vorgeschlagen. Die entsprechende Beschlussvorlage zur Änderung der Förderrichtlinien wird gerade verwaltungsseitig vorbereitet und sodann in den Geschäftsgang gegeben.

Die Kosten für den kommunalen Zuschuss belaufen sich derzeit auf jährlich ca. 35.000 €. Künftig würden dann Aufwendungen in Höhe von 70.000 Euro entstehen.

2.1.4 Trinkwasserknappheit

zur Kenntnis
genommen

Diese Mitteilung befasst sich mit dem Thema Trinkwasserknappheit. Es ist die Gelegenheit auch an dieser Stelle alle Bürgerinnen und Bürger noch einmal für dieses bedeutsame Thema zu sensibilisieren. Anfang letzter Woche haben die Kreiswerke die Trinkwasserampel auf „grau“ gestellt.

Damit hat der Trinkwasserstand eine kritische Stufe erreicht. Es handelt sich um die letzte Stufe vor dem Trinkwassernotstand.

Der Appell richtet sich daher eindringlich an Alle, Trinkwasser einzusparen. Denn die Versorgung der Menschen mit TRINKwasser sowie der Grundschutz durch Löschwasser haben oberste Priorität.

Es wird daher dringend gebeten, andere Anwendungen mit Trinkwasser, wie die Grünflächen- und Gartenbewässerung, Poolbefüllung oder die Autowäsche auf dem Grundstück sowie Flächenreinigungsarbeiten zu unterlassen oder zu verschieben.

Um einen drohenden Trinkwassernotstand abzuwenden, ist es unerlässlich, dass wir alle unsere Wasserabnahme eingehend überdenken und einschränken.

2.2 des Ersten Stadtrates

2.2.1 Verbreiterung des Gehweges in der Bremesgasse

zur Kenntnis
genommen

Erster Stadtrat Schaaf bezieht sich auf seine Mitteilung vom 27.03.2023 und informiert die Stadtverordneten darüber, dass die Umbaumaßnahme in der Bremesgasse nahezu abgeschlossen wurde. Der Gehweg wurde um 1,50 Meter auf einer Länge von 20,00 Meter verbreitert. Die Baumaßnahme erfolgte durch eine der beauftragten Firmen im Rahmen des Jahresleistungsverzeichnisses für Straßenbaumaßnahmen. Aktuell werden noch Restarbeiten entlang der Rinne zwischen Gehweg und Fahrbahn auf den letzten Metern erledigt.

Ebenfalls erfolgte bereits die an einer Stelle erforderlich werdende Neuordnung bzw. Versetzung eines Verkehrszeichens.

Das Ziel, die Fußgänger und im Besonderen die Schulgänger besser vor Gefahren des Straßenverkehrs zu schützen, konnte damit erreicht werden.

2.3 des Stadtverordnetenvorstehers

2.3.1 Erklärung gemäß § 26a der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) für 2023

zur Kenntnis
genommen

Der Stadtverordnetenvorsteher erinnert an die Abgabe des Formulars „Anzeige gemäß § 26a Hessische Gemeindeordnung (HGO)“. Hier fehlen immer noch einige Stadtverordnete.

2.3.2 Geburtstage und Genesungswünsche

zur Kenntnis
genommen

Stadtverordnetenvorsteher Kaltschnee gratuliert nachträglich

Herrn Stadtrat Mohn
Herrn Stadtverordneten Sack
Herrn Stadtverordneten Höntsch
Frau Stadtverordnete Hofacker

zum Geburtstag.

Er wünscht allen nicht Anwesenden, die krankheitsbedingt nicht an der Sitzung teilnehmen können, gute Besserung und hofft, dass sie bald wieder gesund werden.

2.3.3 Nächste Stadtverordnetensitzung 2023

zur Kenntnis
genommen

Herr Kaltschnee teilt mit, dass die nächste Stadtverordnetensitzung nach der Sommerpause am 25.09.2023 stattfindet.

2.4 der Ausschussvorsitzenden

zur Kenntnis
genommen

Herr Bollé, Vorsitzender des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses, berichtet aus der Sitzung vom 11.07.2023. Er wird bei Aufruf der jeweiligen Tagesordnungspunkte berichten.

3 Anfragen

3.1 Sozialer Wohnungsbau am Pappelried

- Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.05.2023

zur Kenntnis
genommen

Bürgermeister Greuel beantwortet die beigefügte Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.05.2023.

Anlage 1 zu TOP 3.1 - Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.05.2023 - Sozialer Wohnungsbau am Pappelried

3.2 Erweiterung der Kläranlage

- Anfrage der Fraktion der Freien Wähler vom 03.07.2023

zur Kenntnis
genommen

Bürgermeister Greuel beantwortet die beigefügte Anfrage der Fraktion der Freien Wähler vom 03.07.2023.

Anlage 1 Zu TOP 3.2 - Anfrage der Freien Wähler vom 03.07.2023 zur Erweiterung der Kläranlage

4 Grundstücksankauf im Gewerbegebiet „Gewerbepark Langenselbold West“

23/0089
ungeändert
beschlossen

Beschluss:

Dem Ankauf des Grundstücks Flur 78, Flurstück-Nr. 38, An der alten Straße = 4.964 m², von

**Herrn
Eberhard Matzner
Baumwieserhof 4**

63505 Langenselbold

wird zugestimmt.

Der Ankauf erfolgt zu folgenden Bedingungen:

1. Der Kaufpreis beträgt 50,09 € mithin für 4.964 m² = 248.646,76 €.
2. Alle im Zusammenhang mit dem Vertrag anfallende Kosten, mit Ausnahme der Kosten zur lastenfreien Übertragung, trägt die Stadt Langenselbold, ebenso die Grunderwerbsteuer.
3. Sofern die Fläche verpachtet ist, ist der bestehende Pachtvertrag zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	0

5 1. Bericht gemäß § 28 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) über den Stand des Haushaltsvollzugs 2023

23/0091
zur Kenntnis
genommen

Der 1. Bericht gemäß § 28 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) über den Stand des Haushaltsvollzugs 2023 wird durch die Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen.

6 Kanalsanierung in geschlossener Bauweise 2023**23/0080**
ungeändert
beschlossen**Beschluss:**

Die Firma Diringer & Scheidel GmbH & Co. KG aus 63741 Aschaffenburg, wird mit der geschlossenen Kanalsanierung 2023 in Höhe von (327.672,84 € / netto) (389.930,68 € / brutto) beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	0

7 Waldgutachten 2023**23/0099**
zur Kenntnis
genommen

Der Vorsitzende des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses, Herr Bollé, berichtet aus der Sitzung des Ausschusses am 11.07.2023. Er teilt mit, dass man sich im Gremium einig war, dass unbedingt Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Wald zu retten. Der Klimawandel ist stark zu spüren.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das Gutachten zur Kenntnis.

8 Resolution Landwirtschaft**- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2020 -****20/0182**
geändert beschlossen

Der Vorsitzende des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses, Herr Bollé, berichtet aus der Sitzung des Ausschusses am 11.07.2023. In dieser Sitzung wurde eine gemeinsame Landwirtschaftsresolution erarbeitet.

Herr Gibbe von der CDU-Fraktion erläutert eingehend die Beweggründe für diese gemeinsame Resolution und den als Anlage beigefügten Änderungsantrag vom 17.07.2023. Nur über diesen Änderungsantrag aller Fraktionen vom 17.07.2023 wird abgestimmt.

Ursprünglicher Beschlussvorschlag: (NICHT ABGESTIMMT)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der nachfolgende Resolutionstext wird in der vorliegenden Form beschlossen.
2. Die Resolution ist durch den Magistrat der Stadt Langenselbold an nachfolgende Adressaten zu richten: Kreisausschuss des Main-Kinzig-Kreis, Landesregierung des Bundesland Hessen, Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland, Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland, Europäische Kommission der Europäischen Union.

Resolution Landwirtschaft

1) Mehr Respekt, Anerkennung und Wertschätzung für die deutsche Landwirtschaft

Die deutsche Landwirtschaft ist systemrelevant und fordert zu Recht mehr gesellschaftliche Anerkennung für ihre umfangreiche tägliche Arbeit. Die Themengebiete Landwirtschaft und gesunde Ernährung sollten deshalb zukünftig bereits in der Schulausbildung mehr Raum einnehmen. Ziel ist es in der Schule ein realistisches Bild vom vielfältigen und fordernden Berufsalltag eines Landwirts und deren Rolle für die Gesellschaft zu vermitteln. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold erkennt die Anstrengungen und Leistungen unserer Landwirte in den Bereichen Nahrungsmittelversorgung, Umweltschutz und dem Erhalt unserer Kulturlandschaft für unsere Gesellschaft an und würdigt diese ausdrücklich.

2) Qualität zum angemessenen Preis

Unsere in Deutschland produzierten Lebensmittel wie Fleisch, Milch, Käse und Getreide haben einen hohen Qualitätsstandard und dürfen keine teuren Luxusprodukte werden. Es gilt in einem fairen marktwirtschaftlichen Umfeld industrielle Großbetriebe, mittelständische Unternehmen und lokale Kleinbetriebe nicht gegeneinander auszuspielen und unter Preisdruck zu setzen. Zum Schutz des Wettbewerbes vor Kartellbildungen ist eine verstärkte Kontrolle der marktbeherrschenden Lebensmittelkonzerne durchzuführen. Es gilt unsere deutsche kleinstrukturierte Landwirtschaft im Haupt- und Nebenerwerb zu erhalten und vor der Marktmacht der Agrar- und Lebensmittelkonzerne nach Kräften zu schützen. Aus diesem Grund ist die wachsende Zahl an internationalen Freihandels- und Konklusionsabkommen (wie etwa Mercosur) zu kritisieren, da sie zu einer wachsenden Konkurrenz aus dem Ausland und einem Ressourcen intensiven internationalen Lebensmittel-Discount-Preiskampf führen.

3) Fairerer Wettbewerb und klare Strukturen

Seitens der EU ist auf einheitliche Förderrichtlinien für den Agrar-Sektor hinzuwirken, um eine Wettbewerbsverzerrung im EU-Binnenmarkt zu verhindern. Die Entbürokratisierung und insbesondere die Entbürokratisierung des Vergabeverfahrens von staatlichen Landwirtschaftshilfen ist dringend geboten. Ziel muss es sein die Verfahren zu vereinfachen, die Auszahlungen (z.B. die Dürrehilfe) zu beschleunigen oder unbürokratische Alternativen wie höhere Steuerfreibeträge für Gewinne aus landwirtschaftlicher Tätigkeit durchzusetzen. Leider verbringen bereits heute „moderne“ Landwirte mehr Zeit mit der Bürokratiebewältigung als bei der Arbeit auf dem Feld oder im Stall.

4) Agrar-Reform nur mit Sinn und Verstand

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold steht hinter einer Agrar-Reform, die eine Verbesserung für Gesellschaft, Landwirte, Nutztiere und die Umwelt mit sich bringt. Aus diesem Grund fordern wir politische Entscheidungen und langfristige Reformen mit Planungssicherheit für die Landwirtschaft auf Basis von realistischen und empirisch nachvollziehbaren Daten zu treffen. Die beschlossene Reform der Düngeverordnung ist zu stoppen und auf eine faktische Grundlage zu stellen.

5) Zielorientierte Politik für Landwirte

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold fordert eine

Landwirtschaftspolitik mit klaren Perspektiven, Projekten und einer langfristigen Planbarkeit für unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Ziel ist es den landwirtschaftlichen Betrieben eine Chance zu eröffnen, den unaufhaltsamen Strukturwandel in der Landwirtschaft aktiv und betriebsverträglich gestalten zu können. Die gemeinsamen Beratungen und Fachgespräche zwischen den staatlichen Institutionen und den Vertretern der landwirtschaftlichen Interessensgruppen (wie etwa dem Bauernverband oder LSV) sind zielorientiert, konstruktiv und auf Augenhöhe zu führen. Die Verteilung einer „Bauern-Milliarde“ oder anderer Finanzhilfen nach dem Gießkannen-Prinzip sind keine Lösungen für die vielfältigen Herausforderungen der Zukunft. Dabei stellt die Modernisierung der Landtechnik einen in den kommenden Jahren besonders förderungswürdigen Teilbereich da, um stetig effizient sowie umwelt- und bodenschonend wirtschaften zu können.

6) Schutz von klein und mittelständischen Betrieben

Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold stellt fest, dass die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Haupt- und Nebenerwerb in den letzten Jahrzehnten in Deutschland massiv gesunken ist, während die Anzahl an Einwohnern der Bundesrepublik kontinuierlich gestiegen ist und noch weiter steigen wird. Ein deutscher Landwirt muss heute bereits deutlich mehr Menschen versorgen als noch vor 50 Jahren und das bei stetig zunehmender Bodenversiegelung, dem Entzug von landwirtschaftlicher Nutzfläche (wie z.B. durch die Erweiterung der Gewässerrandstreifen), wachsenden bürokratischen Auflagen und Kostendruck. Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft muss deshalb auch bedeuten, dass bestehende Betriebe und deren benötigte Infrastruktur (wie etwa nahegelegene Schlachthöfe oder Mühlen) erhalten bleiben und der Entzug von Ackerflächen oder deren Nutzungseinschränkung finanziell ausgeglichen werden muss. Die betrieblich genutzten Flächen sollten bereits aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen in Betriebsnähe liegen.

7) Klare Worte und klare Linie

Abschließend sind Politik und Landwirtschaft dazu aufgefordert eine Debatte darüber zu führen, was man eigentlich unter „Mehr Respekt für die Landwirtschaft versteht“. Die vergangenen Monate haben verdeutlicht, dass Politik und Landwirtschaft unterschiedliche Auffassungen davon haben was man unter „Mehr Respekt“ versteht und wie man diesen Respekt zum Ausdruck bringt.

Abstimmungsergebnis über den als Anlage beigefügten Änderungsantrag:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	0

Anlage 1 Anlage zu TOP 8 - Gemeinsamer Änderungsantrag aller Fraktionen vom 17.07.2023 - Landwirtschaftsresolution

9 Umgehung Radweg um den Spielbereich Gründauaue - Antrag der FDP-Fraktion vom Juli 2023 -

23/0103

Herr Sack von der FDP-Fraktion bringt den Antrag ein.

Nachdem der Bürgermeister ausführlich unter Tagesordnungspunkt 2.1.1 eingehend über die Umset-

zung des Radwegekonzeptes berichtet hat, ist seiner Meinung nach die Thematik unter Pkt. 1 des Beschlussvorschlages bereits in der Umsetzung und der Antrag könnte somit zurückgezogen werden.

Herr Sack möchte den Antrag nicht komplett zurückziehen, sondern möchte, dass finanzielle Mittel zur Umsetzung im Haushalt 2024 eingestellt werden, weil die Umsetzung voraussichtlich lt. Bürgermeister in der 2. Jahreshälfte des Jahres 2024 erfolgen könnte.

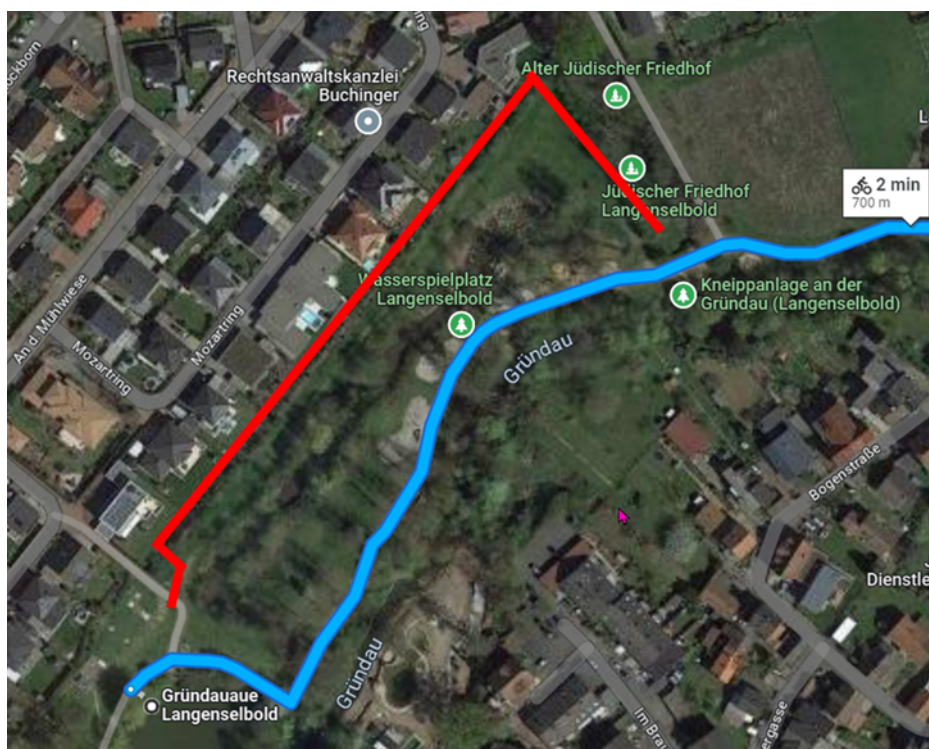
Es wird ein GO-Antrag auf Unterbrechung der Sitzung gestellt. Die Sitzung wird von 20:23 Uhr bis 20:30 Uhr unterbrochen.

Die Sitzung wird fortgesetzt und Herr Sack bringt einen gemeinsamen Änderungsantrag aller Fraktionen ein, der dann zur Abstimmung gestellt wird. Er ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Ursprünglicher Beschlussvorschlag: (NICHT ABGESTIMMT)

1.
Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen ob und wie eine „Umgehung“ des bestehenden Radwegs um die Länge des Spielbereichs an der Gründau Aue entsprechend der Skizze möglich ist.
Hier entsteht eine Abzweigung am bisherigen Radweg und führt parallel des Radwegs hinter den Bäumen (Grünfläche) entlang bis zum jüdischen Friedhof und hier wieder auf den bestehenden Radweg zurück.

2.
Die Ergebnisse sind dem PBUA zur Beratung vorzulegen.



Abstimmungsergebnis über den gemeinsamen Änderungsantrag aller Fraktionen vom 17.07.2023:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31 (SPD, GRÜNE, CDU, FDP, FW)	0	1 (SPD)

10 Schaffung eines Kulturbeirats für Langenselbold

23/0104
abgelehnt

- Antrag der FDP-Fraktion vom Juli 2023 -

Herr Sack bringt den Antrag der FDP-Fraktion ein.

Nach einigen Redebeiträgen, die u.a. auch auf die Einstellung eines Kulturbeauftragten hinweisen, stellen die Freien Wähler den Antrag auf Verweisung des Antrages in den Sozial-, Kultur- und Vereinssausschuss.

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6 (FDP, FW)	23 (SPD, GRÜNE, CDU)	3 (CDU)

Damit ist der Antrag auf Verweisung in den Ausschuss abgelehnt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung, der Stadtverordnetenversammlung bis Frühjahr 2024 einen Beschlussvorschlag zur Einberufung eines Kulturbeirats vorzulegen.

Die Grundlage eines solchen Kulturbeirats hinsichtlich seines Auftrags, seiner Kompetenzen und seiner Zusammensetzung sollen sich an den Ausführungen in der nachstehenden Begründung orientieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4 (FW, FDP)	27 (SPD, GRÜNE, CDU, FW)	1 (FW)

Damit ist der Beschlussvorschlag abgelehnt.

11 Großtafeln zur Wahlwerbung

23/0105
abgelehnt

- Antrag der FDP-Fraktion vom Juli 2023 -

Der Antrag wird von Herrn Sack eingebracht. Nach einigen Redebeiträgen wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, geeignete Orte im Stadtgebiet für Großtafeln zur Wahlwerbung zu suchen und eine Liste der möglichen Standorte für drei oder vier Plakatwände der Stadtverordnetenversammlung in der nächsten Sitzung zum Beschluss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltung
1 (FDP)	29 (SPD, GRÜNE, CDU, FW)	2 (FW)

Damit ist der Beschlussvorschlag abgelehnt.

12 Langenselbold auf's Rad - Leihräder in Langenselbold

23/0106

- Antrag der FDP-Fraktion vom Juli 2023 -

zurückgezogen

Herr Sack zieht den Antrag zurück, da er fehlerhaft eingereicht wurde. Er hat versehentlich das falsche Dokument an den Sitzungsdienst gesendet. Da der korrigierte und bereits nachgereichte Antrag eine 2/3 Mehrheit benötigt, um auf die Tagesordnung zu kommen und dies nicht absehbar ist, wird er erneut einen korrigierten Antrag für die nächste Stadtverordnetenversammlung einreichen.

Ursprünglicher Beschlussvorschlag:

Der Gemeindevorstand und der Ausschuss JKSpS empfehlen der Gemeindevertretung die Anschaffung eines Fahrradfuhrparkes zur Förderung des Sinner Radverkehrs.

Die Gemeindevertretung beschließt die Anschaffung eines Fahrradfuhrparkes zur Förderung des Sinner Radverkehrs.

13 Änderung von § 3 der Entschädigungssatzung

23/0107

- Antrag der FW-Fraktion vom 03.07.2023 -

abgelehnt

Frau Kapp bringt den Antrag für die Freien Wähler ein. Es gibt einige Redebeiträge dazu und der Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Die Entschädigungssatzung der Stadt Langenselbold wird in § 3 Aufwandsentschädigung geändert:

1. Die Punkte 1 und 2 sollen überarbeitet werden.
2. Der Antrag wird in den Ausschuss HFA verwiesen um da gemeinsam mit allen Fraktionen neue Entschädigungen zu erarbeiten.
3. Die Beratung im HFA wird schnellstmöglich vorgenommen, damit evtl. Änderungen der Entschädigungen in den Haushalt 2024 aufgenommen werden können.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6 (FW, FDP)	18 (SPD, GRÜNE)	8 (CDU)

Damit ist der Beschlussvorschlag abgelehnt.

Die Sitzung wird durch eine Pause von 21:04 Uhr bis 21.15 Uhr unterbrochen.

14 Antrag zur Förderung der Radmobilität

23/0108

- Gemeinsamer Antrag der SPD- und GRÜNEN-Fraktion vom 30.06.2023 -

verwiesen

Stadtverordnetenvorsteher Kaltschnee lässt über den Tagesordnungspunkt 14 und 18 „Umsetzung des Radwegekonzeptes des MKK“ – Antrag der CDU-Fraktion vom 03.07.2023, Vorlage 23/0112 gemeinsam beraten, da er das gleiche Thema betrifft.

Herr Bollé bringt den Antrag zu TOP 14 ein. Herr Gibbe bringt den Antrag zu TOP 18 ein.

Die Antragsteller schlagen vor, die jeweiligen TOP's in den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss zu verweisen. Herr Kaltschnee lässt separat über die Verweisung der Tagesordnungspunkte 14 und 18 in den Ausschuss abstimmen.

Abstimmung TOP 14 – Verweisung in den PBUA: Einstimmig beschlossen

Abstimmung TOP 18 – Verweisung in den PBUA: Einstimmig beschlossen

Beschluss:

Der Magistrat wird im Vorfeld der Veröffentlichung des städtischen Verkehrskonzepts und der sukzessiven Umsetzung des Radverkehrskonzepts des Main-Kinzig-Kreises beauftragt, folgende Maßnahmen konkret zu prüfen und deren Realisierung mit den voraussichtlich entstehenden Kosten zu versehen.

Priorisiert sollen folgende Maßnahmen geprüft werden:

- Die Umsetzung eines Fahrradweges entlang der Kreisstraße 3271 ab Ortsausgang Niedergründauer Straße bis zur Einmündung in Richtung Obsthof Mohn.
- Den Fahrradweg zum Bahnhof an bestehenden Engstellen zu optimieren, insbesondere was die Breite des Radwegs im Begegnungsverkehr betrifft.

Die Ergebnisse sind im PBUA vorzustellen.

15 Prüfantrag zur Errichtung eines eigenen Grabfeldes für muslimische Mitbürger in Langenselbold

23/0109

- Gemeinsamer Antrag der SPD- und GRÜNEN-Fraktion vom 29.06.2023 -

ungeändert
beschlossen

Herr Volk bringt den Antrag ein.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit sich ein abgetrenntes muslimisches Grabfeld auf dem Friedhof Rödelberg realisieren lässt, um ortsansässigen muslimischen Mitbürgern die Möglichkeit anbieten zu können, ihre Verstorbenen nach muslimischen Vorschriften beerdigen zu können.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	0

16 Prüfantrag zur Bestattungsart „Memoriam-Garten“

23/0110

- Gemeinsamer Antrag der SPD-, CDU-, Bündnis 90/Grüne-, Freie Wähler- und FDP-Fraktion vom 29.06.2023 -

ungeändert
beschlossen

Frau Hofacker bringt den Antrag ein.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit sich ein „Memoriam-Garten“ auf dem Friedhof Rödelberg realisieren lässt. Diese Bestattungsart sollte als weitere Möglichkeit den Hinterbliebenen angeboten werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	0

17 „Startschuss für Lokale Integration – Impulssitzung“

23/0111

- Antrag der CDU-Fraktion vom 03.07.2023 -

abgelehnt

Herr von Isenburg bringt den Antrag ein. Es gibt einige Redebeiträge zu dem Tagesordnungspunkt.

Abschließend verweist der Bürgermeister auf die neu etablierte Integrationskommission, die ein Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung hat.

Beschluss:

1. Der Magistrat der Stadt Langenselbold wird beauftragt Informationen über den aktuellen Sachstand bei der Unterbringung von Geflüchteten zusammenzustellen. Diese Informationen sollen dann in einer gemeinsamen öffentlichen Sitzung von SKVA und PBUA (Impulssitzung) vorgestellt und besprochen werden.
2. Innerhalb dieser Impulssitzung von SKVA und PBUA sollen Maßnahmen zur Förderung der Integration in Langenselbold besprochen und entwickelt werden. Daraus soll innerhalb der Sitzung ein Maßnahmenpaket aufgestellt werden. Über dieses Maßnahmenpaket soll anschließend in der Stadtverordnetenversammlung beraten und entschieden werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

8 (CDU)	18 (SPD, GRÜNE)	6 (FW, FDP)
---------	-----------------	-------------

18 „Umsetzung des Radverkehrskonzepts des MKK“

23/0112

- Antrag der CDU-Fraktion vom 03.07.2023 -

verwiesen

Stadtverordnetenvorsteher Kaltschnee lässt über den Tagesordnungspunkt 18 und 14 „Antrag zur Förderung der Radmobilität“ – Gemeinsamer Antrag der SPD- und GRÜNEN-Fraktion vom 30.06.2023, Vorlage 23/0108 gemeinsam beraten, da er das gleiche Thema betrifft.

Herr Bollé bringt den Antrag zu TOP 14 ein. Herr Gibbe bringt den Antrag zu TOP 18 ein.

Die Antragsteller schlagen vor, die jeweiligen TOP's in den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss zu verweisen. Herr Kaltschnee lässt separat über die Verweisung der Tagesordnungspunkte 14 und 18 in den Ausschuss abstimmen.

Abstimmung TOP 14 – Verweisung in den PBUA: Einstimmig beschlossen

Abstimmung TOP 18 – Verweisung in den PBUA: Einstimmig beschlossen

Beschluss:

1. Der Magistrat der Stadt Langenselbold wird beauftragt gemeinsam mit der Gemeinde Rodenbach, sowie der Stadt Erlensee eine Verwaltungsvereinbarung auszuhandeln, um die vorgeschlagene **Maßnahme S054** (Strecke parallel zur A66 / Teil des Radwegs R3. Siehe Blatt-Nr. 121) umzusetzen.
2. Der Magistrat der Stadt Langenselbold wird beauftragt die Umsetzung der **Maßnahme S107** (Sanieren der schadhaften asphaltierten Oberfläche auf dem betrachteten Abschnitt – Bocksgehörn. Siehe Blatt-Nr. 85 Radverkehrskonzept Main-Kinzig-Kreis) vorzubereiten, sowie die entsprechenden Förderanträge zu stellen.
3. Der Magistrat der Stadt Langenselbold wird beauftragt gemeinsam mit Hessen Mobil die Umsetzung der **Maßnahme S062** (Neubau eines straßenbegleitenden Geh- und Radweges. Entlang der Landstraße L3271 in Richtung Hüttengesäß / Baumwieserhof. Siehe Blatt-Nr. 84 Radverkehrskonzept Main-Kinzig-Kreis) vorzubereiten, sowie die entsprechenden Förderanträge zu stellen.
4. Der Magistrat der Stadt Langenselbold wird beauftragt gemeinsam mit Hessen Mobil die Umsetzung der **Maßnahme S060** (Verbreitern des betrachteten Weges – sowohl innerorts als auch außerorts – zu einem Geh- und Radweg, der den ERA-Regelmaßnahmen entspricht. Strecke entlang der Kinzigstraße zum Bahnhof. Siehe Blatt-Nr. 83 Radverkehrskonzept Main-Kinzig-Kreis) vorzubereiten, sowie die entsprechenden Förderanträge zu stellen.

Vorsitz:

Schriftführung:

Bernd Kaltschnee

Sabine Könning